

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im  
Gemeinderat Leonberg**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,

meine Damen und Herren,

die Konjunktur brummt, die Steuereinnahmen sprudeln, die Verwaltung hat uns für das Jahr 2014 trotz aller anstehenden Investitionen einen optimistischen Haushaltsplanentwurf vorgelegt, der in jeder Hinsicht die Vorgaben der Rechtsaufsicht erfüllt.

Der bayrische Humorist Carl Valentin definierte wie folgt:

„Optimist: Ein Mensch, der Dinge nicht so tragisch nimmt, wie sie sind.“

Das tragische an diesem Haushaltsplanentwurf ist, dass, trotz der eingangs geschilderten positiven Rahmenbedingungen - wie laufender Konjunktur und sprudelnder Steuereinnahmen- in der künftigen Finanzplanung, also ab dem Jahr 2015 bereits wieder auf die Rücklagen bzw. auf Ersatzdeckungsmittel zurückgegriffen werden muss, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten.

Tragisch ist auch, dass trotz der aufgrund der Krise in 2009 stattgefundenen Konsolidierungsbemühungen in absehbarer Zeit die städtische Verschuldung die 100- Millionen-Euro-Grenze überschreiten wird.

Sollte dann, was wir nicht hoffen, zusätzlich noch die Konjunktur erlahmen oder die Zinssätze für die Verschuldung steigen, so wären wir sofort wieder am Rande der Handlungsunfähigkeit.

Zur Verdeutlichung:

Bereinigen wir das Volumen des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 150 Millionen Euro um die inneren Verrechnungen, dürfte sich der verbleibende Verwaltungshaushalt auf ca. 100 Millionen Euro im Jahr 2014 belaufen.

Dies entspricht der ungefähren Verschuldung, die wir in den nächsten Jahren erreichen werden.

Bei dieser Betrachtung wäre somit ein komplettes Haushaltsjahr auf „Pump“ finanziert.

Ein weiterer Aspekt:

Steigt die Verzinsung für in Anspruch genommene Darlehen um 1% an, so bedeutet dies bei einer Verschuldung von 100 Millionen Euro eine zusätzliche jährliche Zinslast in Höhe von 1 Million Euro, die vom Verwaltungshaushalt zu tragen ist.

Es ist schon einigermaßen frustrierend, wenn trotz umfänglicher Bemühungen sich die Finanzen so entwickeln.

Was sind die Ursachen für diese Entwicklung?

Diese sind vorrangig in drei Gründen zu finden.

Zum einen hat die Stadt in den zurückliegenden und auch in den nächsten Jahren ein umfangliches Programm zum Neu- und Ausbau der Kinderbetreuung. Dies ist einerseits vom Gesetzgeber so vorgegeben und muss von daher von uns umgesetzt werden, andererseits entspricht es auch den tatsächlichen Bedürfnissen in einem Großteil unserer Einwohnerschaft. Daher müssen wir sowohl die einmaligen Investitionskosten zum Bau der entsprechenden Einrichtungen, wie auch -und diese Kosten fallen jährlich an- für das entsprechende Personal aufbringen.

Eine weitere Ursache besteht darin, dass wir aus Gründen des Brandschutzes -hier wurde uns vom Landratsamt bis zum Jahre 2017 Frist gesetzt-, einen Ersatz für das Neue Rathaus schaffen müssen, der im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum mit 25 Millionen Euro zu Buche schlägt.

Ferner ist die vom Landkreis angekündigte Entwicklung der Kreisumlage für die nächsten Jahre zu berücksichtigen. Auch hier werden bei uns erhebliche Finanzmittel abgeschöpft. Trotz der Tatsache, dass wir uns in einem der finanz- und wirtschaftsstärksten Landkreise in Deutschland befinden und der Landkreis Böblingen in Baden-Württemberg bereits über das größte pro-Kopf- Umlageaufkommen verfügt, sollen in den nächsten beiden Jahren nochmals vier Punkte Kreisumlage aufgesattelt werden. Geld, das den Kommunen dann fehlt.

Der Landkreis muss sich deshalb die Frage gefallen lassen, weswegen er, obwohl er im Verhältnis zu anderen Landkreisen und auch in der Vergangenheit über so viel Mehreinnahmen verfügte, trotzdem nicht mit diesen Mitteln auskommt.

#### Nun zu wesentlichen Punkten der Zukunft:

##### Krankenhaus Leonberg:

Wir Freien Wähler treten uneingeschränkt für den Erhalt unseres Krankenhauses ein. Dieses ist sowohl für Leonberger Bürger wie auch für Bürger des Altkreises eine wichtige Einrichtung. Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich der Landrat zum Erhalt des Krankenhauses bekannt hat. Über

bloße Lippenbekenntnisse hinaus benötigen wir ein klares Konzept zur Zukunft und Entwicklung unseres Krankenhauses. Dieses steht derzeit aus.

### Steuern und Gebühren:

Wir begrüßen, dass die Verwaltung im Jahr 2014 unverändert an den Grund- und Gewerbesteuerhebesätzen festhält.

Die notwendige Anhebung der Wassergebühr ist zum Großteil der Bezugspreisanpassung aufgrund der von der Bodenseewasserversorgung ebenfalls zu entrichteten Abgabe zum Erneuerbaren Energie Gesetz geschuldet, so dass wir diese an die Verbraucher weitergeben müssen.

Die entsprechende Gebührenerhöhung in Höhe von 10 Cent pro Kubikmeter soll durch die Senkung des Abwasserbeitrages in entsprechender Höhe ausgeglichen werden, so dass die Kosten für Wasser und Abwasser in der Summe für einen Großteil der Verbraucher unter dem Strich unverändert bleiben.

### Bauen

#### Rathäuser und Marktplatz:

Wir sind für den Bau des neuen Rathauses am Belforter Platz in Verbindung mit dem Bau einer Tiefgarage.

Wir treten ein für den Erhalt des alten Rathauses am Marktplatz und dem Verbleib des vollständigen Ordnungsamtes mit Standesamt und Bürgeramt im Alten Rathaus.

Warum vertreten wir diese Meinung?

Der Neubau des neuen Rathauses ist aus Brandschutzgründen erforderlich, gleichwohl wir mittlerweile die an öffentliche Gebäude gerichteten Anforderungen hinsichtlich des Brandschutzes für überzogen halten. Dies ist übrigens ein Thema, was uns mit den damit verbundenen Kostensteigerungen bei sämtlichen öffentlichen Gebäuden beschäftigen wird.

Ein Neubau ist deshalb erforderlich, weil sich das bisherige Gebäude sowohl in brandschutztechnischer Hinsicht, als auch in sonstiger Hinsicht in einem schlechten Zustand befindet. Alleine jedoch der Brandschutz hätte es erforderlich gemacht, das bestehende Gebäude komplett „auszubeinen“; vor diesem Hintergrund haben wir uns unter Effizienz- und Kostengesichtspunkten für einen kompletten Neubau entschieden.

Wir sind für eine Tiefgarage unter dem Neubau , um die westlich des Neuen Rathauses befindliche, zentral in der Stadtmitte gelegene Fläche, nicht endgültig als Parkfläche festlegen zu müssen, sondern diese Fläche,

sei es für öffentliche Bauten, sei es für sonstige Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft als Option offen zu halten.

Für den Erhalt des Alten Rathauses am Marktplatz ohne Anbau treten wir ein, damit weiterhin die durch das Ordnungsamt generierte Besucherfrequenz am Marktplatz mit den positiven Nebeneffekten für die dort befindlichen Geschäfte erhalten bleibt.

Andererseits jedoch sind wir gegen den Neubau in einer Hinterhofsituation, der den Schwerpunkt vom eigentlichen Marktplatz weglenken würde, und darüber hinaus auch als zweiter Rathausneubau den Bürgern unter der oben dargestellten Finanzsituation nicht vermittelbar ist.

Zur Belebung des Markplatzes schlagen wir flankierende Maßnahmen vor.

Wir bewerten die Notwendigkeit der Belebung des Markplatzes als höherrangig vor dem Bau eines asphaltierten Weges auf der neuen Autobahntrasse oberhalb der Berliner Straße, weswegen insoweit der dort vorgesehene Haushaltsplanansatz von 75.000,-- Euro an Eigenmitteln in Höhe von Euro 50.000,-- zur Aufwertung des Stadtbildes am Marktplatz verwendet werden und der darüber hinausgehende Betrag eingespart werden soll.

Um sowohl zwischen dem Alten und dem Neuem Rathaus wie auch zwischen den Einzelhandelszentren Leo-Center und Marktplatz die Besucherfrequenz zu erhöhen, sind unter Einbeziehung des Post-Areals Planungen zu attraktiven und fußläufigen Verbindungswegen zu entwickeln.

Darüber hinaus benötigen wir die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes in Verbindung mit einem Masterplan 2030.

Die Immobilienbranche sieht für den Landkreis Böblingen im Bereich des Wohnungsmarktes einen Mehrbedarf von bis zu 17% bis ins Jahr 2030.

Auch hier benötigen wir belastbare Prognosen und einen darauf basierenden Entwicklungsplan, um für die Zukunft richtig aufgestellt zu sein.

Im Bereich des vormaligen Bausparkassengeländes wird nach wie vor eine verträgliche Bebauung angestrebt.

Bei künftigen Bebauungsplänen sind vorrangig Innenentwicklungen und am Rand Arrondierungen zu bevorzugen.

Beim Gewerbegebiet sind wir im Bereich des Längenbühls mit der gesetzlichen Umlegung auf einem guten Weg.

Parallel dazu sollten wir in Höfingen im Gewerbegebiet Pfad / Nördlich der Röntgenstraße Gewerbeflächen entwickeln. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die entsprechen 1,5 Hektar Fläche bereits



im bestehenden Flächennutzungsplan als Erweiterungsfläche vorgesehen ist.

Auch im Bereich von Warmbronn sehen wir Bedarf für die Erweiterung der dort bestehenden Gewerbefläche.

#### Infrastruktur:

Wir begrüßen die Vorschläge der Verwaltung zur Instandhaltung unserer Straßen. Hier halten wir den im Haushaltsplan gemachten Ansatz für angemessen. Es ist langfristig besser, die Straßen regelmäßig und im erforderlichen Umfang zu unterhalten, als Jahre lang nichts zu tun und dann mit großem finanziellem Engagement in die Generalsanierung einsteigen zu müssen.

Im Hinblick auf die notwendigen Arbeiten darf die Verwaltung in der Kernstadt die Hindenburgstraße, südlicher Teil, die auch von Bussen stark frequentiert wird, sowie die Ortsdurchfahrten Höfingen und Warmbronn und in Höfingen insbesondere die Straße Am Schlossberg nicht aus den Augen verlieren.

Auch ist der Landkreis darauf hinzuweisen, einen für 45.000 Einwohner funktionsfähig Wertstoffhof anzulegen. Der Jetzige ist nach unserer

Auffassung in der derzeitigen Form unterdimensioniert und nicht hinreichend anlieferungsgerecht.

Positiv vermerken möchten wir die Umgestaltung der Carl-Schmincke-Straße in Eltingen. Diese hat in der nunmehr gefundenen Gestaltung eine positive Aufenthaltsfunktion und wird den Anforderungen der schönsten Dorfstraße Württembergs in jeder Hinsicht gerecht.

Bezüglich des Parkhauses am Bahnhof müssen wir die Verwaltung fragen: Weswegen haben Sie dieses derart herunterkommen lassen, dass es jetzt abgebrochen und neu gebaut werden muß?

Bedenklich ist die Art der Finanzierung des Vorhabens. Es mag zwar unter Zugrundelegung der aktuellen Zinssätze wirtschaftlich darstellbar sein.

Wenn dann die festgeschriebenen Zinssätze auslaufen, ist lediglich die Mindesttilgung des Darlehens erbracht. Die Folgefinanzierung basiert dann auf den aktuellen Zinssätzen. Es ist äußerst fragwürdig, ob das Ganze dann noch wirtschaftlich sein wird.

Seit Jahren fordern wir die Einstellung von Mitteln für die Ersatzbeschaffung des mittlerweile doch recht betagten Verkehrsrechners. Diesen Antrag möchten wir hiermit nochmals wiederholen, um den Verkehrsfluss in der Stadt zu verbessern.

Das Jahr 2013 hat aufgrund der Witterungsverhältnisse unser Augenmerk jedoch auch auf weitere Infrastruktureinrichtungen unserer Gemarkung

gelenkt. Die Rede ist hier von unseren Regenrückhaltebecken und Anlagen zum Hochwasserschutz.

Wir hatten in diesem Jahr zwei Jahrhundertregen; mit der latenten Gefahr von Überflutungen. Teile von Warmbronn und Eltingen waren überflutet.

Nach unseren Informationen hat ein Dambruch des Katzenbachsees auf Stuttgarter Markung unmittelbar gedroht. Wir fordern daher unsere Verwaltung auf, sich nachdrücklich bei den östlich angrenzenden Kommunen um einen angemessenen Hochwasserschutz östlich der Mahdentalansiedlung zu bemühen.

Darüber hinaus müssen unsere offenen Gewässer und Gräben unterhalten und gereinigt werden, um Überflutungen zu verhindern.

In diesem Zusammenhang benötigen wir auch ein mittelfristiges Konzept zur Unterhaltung unserer Abwasserentsorgungskanäle, sodass diese ebenfalls sukzessive instandgehalten und angepasst werden können.

Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht in diesem Kontext erforderlich, eine Entlastung der Druckleitung vom Mahdental zum Hauptsammler zu schaffen.

Die Druckleitung ist in der Dimensionierung unzulänglich und führt zur Beschädigung der eingesetzten Entsorgungspumpen.

Alternative Energien:

Wir haben bereits wiederholt ausgeführt, dass wir durchaus die Energiewende unterstützen. Wir halten jedoch den Bau von Windkraftstandorten, insbesondere im Bereich des Kammerforstes / östlich von Warmbronn für ungeeignet.

Uns drängt sich vielmehr die Frage auf, weswegen hier die vorhandene Infrastruktur im Bereich der alten Erddeponie oberhalb des Glemseckes nicht dazu genutzt wird, auf alternative Weise Dieselöl herzustellen. Der Entwickler dieser Technologie wurde von der Landesregierung mit der Auszeichnung als „Übermorgenmacher“ gewürdigt.

Der Energieträger Dieselöl wäre lager- und transportfähig, was man von der Windenergie so nicht behaupten kann.

#### Verschiedenes:

#### Ärztliche Versorgung

Bedenken haben wir hinsichtlich der Entwicklung der ärztlichen Versorgung. Dies gilt sowohl für die Kernstadt wie auch für die Versorgung in den Teilorten. Kontraproduktiv wirken hier Bemühungen umliegender Kommunen, die versuchen, in Leonberg ansässige Ärzte abzuwerben.

#### Gesellschaftliche Entwicklung und demografischer Wandel:

Im Hinblick auf Kindertageseinrichtungen und die Einführung von Ganztagesbetreuung -Stichwort „verlässliche Grundschule“- befinden wir uns auf einem guten Weg.

Der demografische Wandel stellt jedoch auch weitere Anforderungen an uns. Vor diesem Hintergrund ist daran zu denken, dass Räume, die im Moment als Kindertagesstätten konzipiert sind, gegebenenfalls mit vertretbarem Aufwand für die Erfordernisse der immer größer werdenden Zahl älterer Menschen in unserer Stadt zu gestalten sind.

Für die älteren Mitbürger sind Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe und eines möglichst langen selbstbestimmten Lebens und Wohnens zu schaffen.

In Bezug auf unsere Gymnasien sind wir der Auffassung, dass an einem derselben wieder G9 angeboten werden soll. Wir dürfen uns hier den Wünschen der Eltern und Schüler nicht verweigern, da ansonsten eine Abstimmung mit den Füßen droht und eine Abwanderung ins Umland stattfindet.

Mit Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unsere bisherigen Bemühungen um ein Kino nicht zielführend waren. Aus unserer Sicht ist es

bedenkenswert, sofern hier nicht bis in einem Jahr ein Kino angesiedelt werden kann, ein mobiles Kino in die Stadt zu holen. So wäre wenigstens zeitweise ein entsprechendes Angebot gegeben.

Der Verwaltung hier insbesondere der Kämmereramtssleiterin Frau Beck sowie dem Ersten Bürgermeister Dr. Vonderheid danke ich für die Erstellung des Planwerkes und möchte mich hinsichtlich der Aufgabenstellung, sowohl was die Verwaltung als auch den Gemeinderat anbelangt, eines Zitates bedienen:

„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden.“

Diese Worte stammen von Marcus Tullius Cicero, Rom, 55 vor Christus.

Diese Worte sind nach wie vor aktuell. Offensichtlich sind die Probleme die uns derzeit in Leonberg umtreiben keine neue oder gar einzigartige Erscheinung. Lassen Sie uns gemeinsam aus diesen Worten die richtigen Konsequenzen ziehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Axel Röckle

Anlage zur kommunalpolitischen Erklärung der Fraktion der Freien Wähler zum Haushalt  
2014/ Stadt Leonberg:

- Streichung der Mittel zur Beschaffung einer zusätzlichen mobilen Geschwindigkeitsmessanlage
- Umsetzung Fortführung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung vorrangig im Bereich Baubetriebshof
- Zeitnahe Abrechnung von Erschließungsbeiträgen
- Vermeidung von Doppelstrukturen im Bereich Volkshochschule / Familienbildungsstätte / Konkurrenz zu Angeboten der Sportvereine
- Einstellung von Mitteln für die Anschaffung eines neuen Verkehrsrechners/ grüne Welle
- Einsparung von Mitteln für die Neustrukturierung neue Autobahntrasse (oberhalb Breslauer Straße, stattdessen Einstellung von Euro 50.000,-- für die Attraktivierung des Marktplatzes
- keine zusätzliche Personalstelle für die Ordnungsverwaltung
- Streichung der Position Schrottentsorgung(Euro 500,-- Einzelplan 7, Unterabschnitt 7701, dort Stelle 637000; üblicherweise bekommt man für Schrott Geld)
- Langfristige Sicherung des derzeitigen Zinsniveaus für die städtische Verschuldung
- Optimierung Stadtsauberkeit
- Streichung des Ausgabenansatzes Getränkeeinkauf (Unterabschnitt 7701, dort Position 638100) in Höhe von Euro 1.500,--)

- Fortschreibung Flächennutzungsplan
- Masterplan (Entwicklungsziele bis 2030)
- Erweiterung Gewerbeflächen in Höfingen (Pfad/Nördlich der Röntgenstr.) sowie Warmbronn.
- Maßnahmen zum Hochwasserschutz
- Angebot von G9 an einem der städtischen Gymnasien